



(III) alle Requisitions-Empfangsbescheinigungen (Form 6 G, Form 6 GR oder Form 6 GRE) und von den US-Streitkräften ausgehändigte Zahlungsaufträge, in denen die Zahlung für Forderungen auf Grund unerlaubter Handlungen genehmigt wird.

b) Bisher ausgehändigte Requisitions-Empfangsbescheinigungen für Warenlieferungen und Leistungen oder bisher ausgehändigte Zahlungsaufträge für Forderungen auf Grund unerlaubter Handlungen werden nicht mehr anerkannt, wenn sie vom Inhaber nicht innerhalb der nächsten 30 Tage der zuständigen deutschen Zahlstelle vorgelegt werden, ausgenommen diejenigen, die sich in Händen von abwesenden Eigentümern befinden, wie sie in Artikel I, Paragraph 1, des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung definiert sind, oder in Händen von deutschem Personal, das unmittelbar bei den US-Besatzungsstreitkräften beschäftigt ist.

Im Auftrage des Direktors  
John F. Kilduff  
Leiter der Finanzabteilung

### Berichtigung

zur deutschen Übersetzung des Gesetzes Nr. 25 des Alliierten Kontrollrates vom 29. April 1946 (VOBl. 1946, S. 151)

Die im Verordnungsblatt veröffentlichte deutsche Übersetzung des Gesetzes Nr. 25 des Kontrollrates wird wie folgt berichtigt:

1. In der Überschrift, in allen Artikeln und in den Verzeichnissen A — D des Gesetzes ist anstatt „wissenschaftliche Forschung“ zu setzen: „naturwissenschaftliche Forschung“.
2. In Artikel I lautet der erste Satz richtig: Alle technischen militärischen Organisationen werden hiermit aufgelöst und verboten.
3. Im Verzeichnis A, Ziffer 1, muß es anstatt „angewandte Atomphysik“ heißen: „1. Angewandte Kernphysik.“
4. Im Verzeichnis A lautet Ziffer 7 richtig: 7. Verschlüsselung mit Hilfe von Elektronen und die Vervollkommnung der Abhorsicherheit von Ferngesprächen.
5. Im Verzeichnis B lautet Ziffer 2 richtig: 2 Röhren oder andere Elektronen aussendende Vorrichtungen sowohl thermische Emission als auch mit Hilfe von kalten Elektronen.

Die Schriftleitung

## Magistrat

### Arbeit

#### Verlängerung der Arbeitsausfallunterstützung im Winter 1947/48

Die Wirkungsdauer der Verordnung vom 2. Oktober 1947 über eine Arbeitsausfallunterstützung im Winter 1947/48 (VOBl. 1947, S. 249) wird um einen Monat, d. h. bis zum 30. April 1948 verlängert.

Berlin, den 15. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Stellvertretender Oberbürgermeister  
L. Schroeder

### Polizei

#### Aufhebung der Hundesperre im Verwaltungsbezirk Wedding

Die zum Schutze gegen die Tollwut am 4. Februar 1948 angeordnete Hundesperre im Verwaltungsbezirk Wedding — vgl. Verordnungsblatt für Groß-Berlin vom 4. Februar 1948, S. 81 — wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Berlin, den 4. Mai 1948.  
(Abt. V — 4112. — 1/48)

Der Polizeipräsident

## II. Amtliche Bekanntmachungen

### Magistrat

### Arbeit

#### Richtlinien für die Zulassung zu den Lehrabschlußprüfungen im Herbst 1948

Gemäß der Ermächtigung des Magistrats der Stadt Berlin vom 6. August 1945 werden für die Lehrabschlußprüfungen im Herbst 1948 folgende Richtlinien bekanntgegeben:

1. Zu den Lehrabschlußprüfungen werden alle Lehrlinge zugelassen, die ihre Lehre spätestens am 31. Oktober 1948 beenden, Lehrlinge in diesem Sinne sind auch Anlernlinge der Berufe Apothekenhelferin, Gewerbegehilfin und Feilnählerin.
2. Bei Vorliegen besonders guter Leistungen und wenn der Ausbildungsstand und die Ergebnisse einer Zwischenprüfung dies rechtfertigen, kann mit Zustimmung des Lehrherrn und der gewerkschaftlichen Betriebsvertretung eine vorzeitige Zulassung zur Lehrabschlußprüfung erfolgen. Die Lehrzeitverkürzung darf in diesem Falle bei einer vorgeschriebenen Lehrzeit von drei Jahren und länger höchstens ein Drittel, von weniger als drei Jahren höchstens ein Viertel der vorgeschriebenen Lehrzeit betragen. Die Zustimmung ist auf dem Antrag auf Zulassung zur Lehrabschlußprüfung ausdrücklich zu vermerken.
3. Zugelassen zur Lehrabschlußprüfung werden ferner:
  - a) Lehrlinge, die nach nicht bestandener Lehrabschlußprüfung ihre Wiederholungsprüfung ablegen wollen;
  - b) Prüfungsbewerber, die auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit mit Wahrscheinlichkeit das Bestehen einer Lehrabschlußprüfung erwarten lassen, auch dann, wenn sie eine regelrechte Lehre nicht durchgemacht haben. Diese Prüfungsbewerber müssen mindestens 21 Jahre alt sein und eine mindestens fünfjährige Praxis in dem Beruf, in dem die Prüfung beantragt wird, oder doch in einem hiervon gleichartigen Beruf, neben den erforderlichen theoretischen Kenntnissen nachweisen können. Ihr Antrag bedarf der Stellungnahme des letzten Arbeitgebers und — wo vorhanden — des Betriebsrates bzw. der Betriebsgewerkschaftsleitung.
4. Das Lehrverhältnis muß bei der Geschäftsstelle des „Hauptausschuß Berufserziehung und Berufslenkung“ eingetragen sein.
5. Der Antrag auf Zulassung zur Lehrabschlußprüfung muß schriftlich auf dem Vordruck „Antrag auf Zulassung zur Lehrabschlußprüfung“ gestellt werden. Der Vordruck ist bei dem Bezirksarbeitsamt<sup>ern</sup> kostenlos erhältlich.
6. Die in dem Antragsvordruck geforderten Unterlagen müssen vollständig beigebracht werden. Auf eine Unterlage kann nur verzichtet werden, wenn die Unmöglichkeit der Beibringung glaubhaft gemacht wird.
7. Aus den eingereichten Unterlagen in Verbindung mit den Angaben im Anmeldevordruck muß hervorgehen, daß der Antragsteller die für seinen Beruf festgelegten Ausbildungsvoraussetzungen kennengelernt hat.
8. Der Antrag auf Zulassung zur Lehrabschlußprüfung ist spätestens bis zum 15. Juni 1948

bei der Geschäftsstelle des „Hauptausschuß Berufserziehung und Berufslenkung“, Berlin W 35, Reichpietschufer 52 (früher Tirpitzufer), zu stellen. Die Prüfungsgebühr beträgt im allgemeinen 10,— RM, sie ist bei Abgabe des Antrages zu entrichten.

Später eingehende Anträge können für die Herbstprüfung nicht mehr berücksichtigt werden.

Berlin, den 30. April 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung für Arbeit  
Waldemar Schmidt

### Preisamt

#### Flaschen- und Dosenpfand für die pharmazeutische Industrie

Die Anordnung betr. Flaschen- und Dosenpfand für die pharmazeutische Industrie vom 28. Februar 1948 (Verordnungsblatt Nr. 16, Seite 189) gilt nicht für kosmetische und chemisch-technische Erzeugnisse, sondern ausschließlich für Arzneimittel. Herstellungs- und Vertriebslisten von kosmetischen und chemisch-technischen Erzeugnissen, die unter Berufung auf die Anordnung vom 28. Februar 1948 ein Flaschen- oder Dosenpfand erheben, machen sich strafbar.

Berlin, den 5. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
Preisamt  
Illmer

### Finanzwesen

#### Fristen für die Anmeldung von Forderungen aus Lieferungen oder Leistungen für die amerikanische Besatzungsmacht

- Wir weisen auf die im Teil I dieses Blattes veröffentlichte Anordnung der amerikanischen Militärregierung Berlin über Fristen für die Anmeldung und Bezahlung von Forderungen gegen die Vereinigten Staaten hin. Die in der Anordnung gesetzten Fristen von 60 bzw. 30 Tagen haben für alle Forderungen, die bis einschließlich 18. April 1948 entstanden sind, am 19. April 1948 zu laufen begonnen und enden somit zu Abs. a der Anordnung mit Ablauf des 17. Juni 1948 und zu Abs. b der Anordnung mit Ablauf des 18. Mai 1948.
  - Die Forderungen sind geltend zu machen:
    - a) soweit es sich um Forderungen für die Inanspruchnahme von Grundstücken und der auf den Grundstücken befindlichen Einrichtungen handelt, jeweils bei dem Bezirksamt — Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten — in dessen Gebiet das Grundstück liegt,
    - b) soweit es sich um Forderungen für Warenlieferungen oder unpersonliche Dienste handelt, bei dem Bezirksamt — Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten — des Verwaltungsbezirks, in dem die Stelle der amerikanischen Besatzungsmacht, die die Leistungen gefordert hat, ihren Sitz hat,
    - c) soweit es sich um Forderungen für reine Arbeitsleistungen handelt, bei der Lohn- und Gehaltsberechnungsstelle für den US-Sektor, Berlin-Lichterfelde McNair Barracks (Telefunktgebäude, Osteweg).
- Die Fristen sind auch gewahrt, wenn die Forderungen beim Magistrat von Groß-Berlin — Hauptamt für Kriegsschäden und Besatzungskosten —, Berlin C 2, Klosterstraße 64, fristgemäß geltend gemacht werden.

- III. Die Veröffentlichung der USA-Militärregierung, Berliner Sektor, vom 15. Oktober 1947 (VOBl. Berlin 1947, S. 247) bleibt weiterhin in Kraft.  
 IV. Schadenersatzforderungen aus unerlaubten Handlungen müssen nach wie vor innerhalb von 4 Monaten, nachdem sich der Unfall oder Vorfall, auf dem der Anspruch begründet ist, ereignet hat, schriftlich geltend gemacht werden. Sobald die Schadenersatzforderung durch einen Zahlungsauftrag anerkannt ist, gelten für die Einreichung des Zahlungsauftrages die Fristen, die sich aus der in Teil I dieses Blattes veröffentlichten Anordnung der amerikanischen Militärregierung vom 18. April 1948 ergeben (vgl. a III) und b dasselbst).

Berlin, den 5. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
 Finanzabteilung  
 Hauptamt für Kriegsschäden und Besatzungskosten  
 I. A. Dr. Lange

**Übersicht  
 über die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Verbrauchs-  
 abgaben im April 1948 (in 1 000 RM)**

Bezeichnung der Einnahmen	April 1948 RM
<b>I. Ehemalige Reichssteuern</b>	<b>142 945</b>
darunter	
1. Lohnsteuer	39 469
2. Einkommensteuer für Veranlagte (einschl. Vorauszahlung)	37 845
3. Körperschaftsteuer	20 913
4. Vermögensteuer	2 215
5. Umsatzsteuer	27 453
6. Rennwettsteuer	9 476
<b>II. Gemeindesteuern</b>	<b>23 990</b>
darunter	
1. Grundsteuer	5 405
2. Gewerbesteuer	11 185
3. Vergnügungssteuer	3 539
4. Getränkesteuer	2 602
<b>III Zölle und Verbrauchsabgaben</b>	<b>27 489</b>
darunter	
1. Tabaksteuer	19 143
2. Biersteuer	7 032
<b>IV Gesamteinnahme</b>	<b>194 424</b>

Berlin, den 7. Mai 1948.

Magistrat von Groß-Berlin  
 Finanzabteilung  
 Dr. Haas.

**Gesundheitswesen**

**Ausschreibung von Apothekenbetriebsrechten**

Das erledigte Recht zum Weiterbetrieb nächstehender Apotheken:  
 1. Märkische Apotheke, Berlin N 65, Müllerstr. 35.  
 2. Bohmer's Apotheke, Berlin, Gleimstraße 40.  
 3. Stern Apotheke (Notapothek) Berlin-Reinickendorf-West, Scharnweberstraße 110.  
 4. Falken-Apotheke, Berlin-Oberschöneweide, Edisonstraße 15.  
 soll neu vergeben werden. Außerdem soll in Bohnsdorf in der Gegend des Schnittpunktes von Buntzel- und Paradiesstraße und in Blankenburg im Ortsteil Alt-Blankenburg eine neue Apotheke errichtet werden.  
 Geeignete Bewerber werden hiermit aufgefordert bis zum 15. August 1948 ihr Gesuch schriftlich bei uns einzureichen.  
 Bei Bewerbungen um mehrere Apotheken ist für jede Apotheke ein besonderes Gesuch vorzulegen. Unterlagen dazu sind aber nur einem Gesuch beizufügen.  
 Persönliche Vorstellungen der Bewerber oder die Einschaltung von Fürsprechern sind zwecklos.  
 Bewerber mit einem Betriebsberechtigungsalter von weniger als 23 Jahren können bei der Vergabe der anheimgefallenen Konzessionen voraussichtlich nicht berücksichtigt werden.  
 Um die neu ausgeschriebenen Betriebsrechte in Bohnsdorf und Blankenburg können sich auch jüngere Apotheker mit einem Betriebsberechtigungsalter von mindestens 15 Jahren bewerben.  
 Wer sich um ein Apothekenbetriebsrecht bewerben will, hat dem Landesgesundheitsamt ein Bewerbungsgesuch mit folgenden Nachweisen einzureichen:

1. einen Lebenslauf (in dem aufzunehmen sind: Angaben über Schulbildung, Praktikantenzzeit, pharmazeutische Vorprüfung Tätigkeit nach der Vorprüfung, pharmazeutisches Studium, Kandidatenzeit, Approbation und die seitdem abgeleitete pharmazeutische Tätigkeit; außerdem soll der Lebenslauf enthalten Angaben über Familienstand, Zahl und Alter der Kinder);
2. eine Karteikarte in doppelter Ausfertigung gemäß nachstehendem Muster A, die mit Ausnahme des umrahmten Teiles auf der letzten Seite vom Antragsteller auszufüllen ist;
3. Staatsangehörigkeitsausweis in amtlich beglaubigter Abschrift;
4. Approbationsurkunde als Apotheker in amtlich beglaubigter Abschrift;
5. Amtsarztliches Zeugnis aus neuester Zeit über die körperliche und geistige Gesundheit des Bewerbers sowie seine Eignung zur Leitung einer Apotheke;
6. Erklärung darüber, daß der Bewerber die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt daß er nicht in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist und daß er nicht unter der strafgerichtlichen Untersagung der Ausübung des Apothekerberufs nach § 42 Abs. 1 des Strafgesetzbuches steht;
7. Darlegung (durch Ausfüllung des politischen Fragebogens, Entnazifizierungsbescheid oder in sonst überzeugender Weise) daß der Bewerber nicht durch nazistische Betätigung oder Beziehung belastet ist;
8. Den Nachweis, daß er nach der Approbation als Apotheker innerhalb der letzten drei Jahre vor dieser Bewerbung mindestens ein Jahr lang in einer Apotheke als Apotheker beschäftigt gewesen ist;
9. Den Nachweis, daß ihm die für die Übernahme und den Betrieb der Apotheke erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen;
10. Polizeiliche Führungszeugnisse über die Zeit seit der Approbation als Apotheker.

11. Vom Amtsarzt hinsichtlich der Zeitdauer beglaubigte Dienstzeugnisse über die Tätigkeit seit der Approbation;
12. Bescheinigungen über die Teilnahme an Fortbildungskursen;
13. Nachweise über geleisteten Arbeits-, Militär- und Kriegsdienst, sofern diese Zeiten nach dem Eintritt in die Apothekerlaufbahn liegen;
14. Nachweise über die Zeit, in der der Bewerber infolge nazistischer Maßnahmen der Freiheit beraubt oder sonst an der Berufsausübung gehindert war;
15. Sonstige Unterlagen, die für die Festsetzung des Betriebsberechtigungsalters von Bedeutung sind;
16. Als besondere Gründe für eine bevorzugte Berücksichtigung sind anzuführen: Hervorragende wissenschaftliche Leistungen, besondere Verdienste oder besondere Opfer im Kampf gegen den Faschismus, besondere Beziehungen zu der ausgeschriebenen Apotheke — z. B. langjährige Tätigkeit in der Apotheke, nahe Verwandtschaft mit dem letzten Inhaber der Apotheke und dergleichen.

Bewirbt sich ein Apotheker gleichzeitig um mehrere Betriebsrechte, so genügt es, wenn die vorgeschriebenen Nachweise einem der verschiedenen Bewerbungsgesuche beigelegt werden; in den übrigen Bewerbungsgesuchen ist alsdann hierauf Bezug zu nehmen.  
 Das Landesgesundheitsamt setzt auf Grund der von ihm nachgeprüften, gegebenenfalls berichtigten Angaben in der Karteikarte das Betriebsberechtigungsalter des Antragstellers fest, auf welches wie folgt angerechnet wird:  
 1. zur Hälfte die Zeit während deren der Bewerber  
 a) Inhaber einer Apotheke war, soweit nicht nach Ziffer 2b) oder g) oder Ziffer 3d) eine höhere Anrechnung in Frage kommt;  
 b) pharmazeutisch (als Apotheker) außerhalb einer Apotheke gearbeitet hat, c) als Apotheker in den Jahren  
 1. 1921 bis 1924 oder  
 2. 1931 bis 1934  
 erwerbslos oder berufsfremd tätig war.  
 2. einfa ch die Zeit, während deren er  
 a) 1. in öffentlichen Apotheken als Mitarbeiter (gleichgestellt ist die hauptamtliche Tätigkeit als Apotheker im öffentlichen Dienst bei einer Berufsorganisation oder bei der Fachpresse) tätig war oder  
 2. als Verwalter oder  
 3. als Pächter einer Apotheke geleitet hat,  
 b) als verheirateter Apotheker in einer Landapotheke mit einem Jahresumsatz von nicht mehr als 20 000 — RM allein arbeitete,  
 c) durch nazistische Maßnahmen an der Berufsausübung gehindert war, sofern nicht in den Fällen von Ziffer 3d) für diese Zeit eine mehrfache Anrechnung zu erfolgen hat,  
 d) Militärdienst oder Arbeitsdienst leisten mußte sofern diese Zeiten nach dem Eintritt in den Apothekerberuf liegen,  
 e) Dem Militärdienst gleichgestellt wird die Zeit der  
 1. Kriegsgefangenschaft oder  
 2. des Aufenthalts in einem Lazarett, Genesungsheim oder dgl., der durch ein Juch den Kriegsdienst hervorgerufenen Leiden bedingt war,  
 f) nicht in öffentlichen Apotheken tätig sein konnte, weil er dort infolge der Art seiner Kriegsdienstbeschädigung keine Anstellung fand,  
 g) in ehemals deutschem Gebiet Inhaber einer Apotheke war deren Weiterführung ihm durch Verdrängung unmöglich gemacht wurde, jedoch nur bis zur Dauer von zwei Jahren und nur soweit er sich ausschließlich mit diesen Arbeiten beschäftigte,  
 h) zur Erlangung der Doktorwürde mit Erfolg fachberuflich arbeitete, jedoch nur bis zur Dauer von zwei Jahren und nur soweit er sich ausschließlich mit diesen Arbeiten beschäftigte,  
 i) an pharmazeutischen Hochschulen als Assistent oder Habilitant tätig war, jedoch nur bis zur Dauer von 5 Jahren.  
 3. Zusätzliche Anrechnung:  
 a) für das Bestehen der pharmazeutischen Prüfung mit „Gut“  $\frac{1}{2}$  Jahr  
 b) mit „Sehr gut“  $\frac{1}{2}$  Jahre  
 c) Zeit der Tätigkeit als ordentlicher oder außerordentlicher Hochschul-lehrer — doppelt  
 d) Zeit der Freiheitsberaubung oder der Verdrängung aus dem Betriebsrecht einer Apotheke durch nazistische Maßnahmen — dreifach. (H. B.)  
 Berlin, den 29. April 1948

Magistrat von Groß-Berlin  
 Abteilung Gesundheitswesen  
 I. V.: Dr. Dr. Piechowski

**Muster A**

(Seite 1)

**Karteikarte**

**zur Feststellung des Betriebsberechtigungsalters**

des Apothekers \_\_\_\_\_ (Zuname) \_\_\_\_\_ (Rufname)  
 geb. am \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_  
 zur Zeit in \_\_\_\_\_ wohnhaft\*)

**Karteikarte für den Apotheker**

Name \_\_\_\_\_ Vornamen \_\_\_\_\_ (Rufnamen unterstreichen)  
 geb. am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
 wohnhaft in \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

- I. Familienstand  
 — ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — \*\*)  
 Zahl der Kinder \_\_\_\_\_ Von den Kindern sind schulpflichtig \_\_\_\_\_ berufstätig \_\_\_\_\_ verheiratet \_\_\_\_\_
- II. Pharmazeutische Prüfung bestanden am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_ mit Note \_\_\_\_\_  
 Approbiert als Apotheker mit Wirkung vom \_\_\_\_\_ durch \_\_\_\_\_  
 Diplom-Chemikerprüfung, bestanden am \_\_\_\_\_ durch \_\_\_\_\_  
 Promoviert zum Dr. der \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
 Sonstige wissenschaftliche Ausbildung und Fortbildung \_\_\_\_\_

\* Durch den Gesuchsteller auszufüllen mit Ausnahme des doppelt umrahmten Teiles auf der letzten Seite.  
 \*\*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

(Seite 2)

III. Bestrafungen

1. Gerichtliche .....

2. Berufsgerichtliche .....

(Lückenlose polizeiliche Führungszeugnisse für die Zeit seit der Approbation sind beizufügen.)

IV. Besondere Verhältnisse, auf die der Bewerber hinweisen möchte .....

V. Berufsausbildung. (Vom Schulabgang bis zur Approbation)

1. Praktikantenzeit in der ..... Apotheke in ..... von ..... bis .....

2. Pharmazeutische Vorprüfung bestanden am ..... vor dem Prüfungsausschuß in ..... mit Note .....

3. Praktische Tätigkeit in Apotheken vor Beginn des pharmazeutischen Studiums .....

4. Pharmazeutisches Studium an der Universität in ..... von ..... bis ..... (..... Sem.)

5. Pharmazeutische Prüfung bestanden am ..... in ..... mit Note .....

VI. Betätigung außerhalb des pharmazeutischen Berufs: .....

davon Militärdienst oder Arbeitsdienst von ..... bis .....

VII. Bescheinigungen über Teilnahme an Fortbildungskursen.

(Seite 3)

VIII. Auf das Betriebsberechtigungsalter wird angerechnet:

	Von			bis			Wirkliche Zeit			Anrechnungsfähige Zeit		
	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
1. Zur Hälfte die Zeit, während deren der Bewerber												
a) Inhaber einer Apotheke war, soweit nicht nach Ziff. 2 b oder g oder Ziff. 3 d eine höhere Anrechnung in Frage kommt												
b) pharmazeutisch (als Apotheker) außerhalb einer Apotheke gearbeitet hat												
c) als Apotheker in den Jahren												
1. 1921 bis 1924 oder												
2. 1931 bis 1934												
erwerbstremd oder berufsfremd tätig war												
Summe 1a bis c:												
2. Einfach die Zeit, während deren er												
a) 1. in öffentlichen Apotheken als Mitarbeiter freigestellt ist die hauptamtliche Tätigkeit als Apotheker im öffentlichen Dienst, bei einer Berufsorganisation oder bei der Fachpresse) tätig war oder												
2. als Verwalter oder												
3. als Partner einer Apotheke geleitet hat												
b) als verheirateter Apotheker in einer Landapotheke mit einem Jahresumsatz von nicht mehr als 20 000 RM allein arbeitete												
c) durch nazistische Maßnahmen an der Berufsausbildung gehindert war, sofern nicht in den Fällen von Nr. 3 unter												
d) für dieselbe Zeit eine mehrfache Anrechnung zu erfolgen hat												
d) Militärdienst oder Arbeitsdienst leisten mußte, sofern diese Zeiten nach dem Eintritt in den Apothekerberuf liegen												
e) dem Militärdienst gleichgestellt wird die Zeit der												
1. Kriegsgefangenschaft oder												
2. des Aufenthalts in einem Lazarett, Genesungsheim oder dgl., der durch ein durch den Kriegsdienst hervorgerufenenes Leiden bedingt war												
Übertrag:												

(Seite 4)

	Von			bis			Wirkliche Zeit			Anrechnungsfähige Zeit		
	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr	Tag	Monat	Jahr
f) nicht in öffentlichen Apotheken tätig sein konnte, weil er dort infolge der Art seiner Dienstbeschädigung keine Anstellung fand												
g) in ehemals deutschem Gebiet Inhaber einer Apotheke war, deren Weiterführung ihm durch Verdrängung unmöglich gemacht wurde												
h) zur Erlangung der Doktorwürde mit Erfolg fachberuflich arbeitete, jedoch nur bis zur Dauer von zwei Jahren und nur, soweit er sich ausschließlich mit diesen Arbeiten beschäftigte												
i) in pharmazeutischen Hochschulinstituten als Assistent oder Habilitant tätig war, jedoch nur bis zur Dauer von fünf Jahren												
Summe 2a bis i:												
3. Zusätzliche Anrechnung:												
a) für das Bestehen der pharmazeutischen Prüfung mit „Gut“ 1/2 Jahr												
b) mit „Sehr gut“ 1 1/2 Jahre												
c) Zeit der Tätigkeit als ordentlicher Hochschullehrer — doppelt												
d) Zeit der Freiheitsberaubung oder der Verdrängung aus dem Betriebsrecht einer Apotheke durch nazistische Maßnahmen — dreifach												
Summe 3a bis d:												

Zusammenrechnung:

1. Halbanrechnungsfähige Zeit (Summe 1 a bis e)	..... Jahre	..... Monate	..... Tage
2. Einfach anrechnungsfähige Zeit (Summe 2 a bis i)	..... „	..... „	..... „
3. Zusätzliche Anrechnungen (Summe 3 a bis d)	..... „	..... „	..... „
Gesamt:	..... Jahre	..... Monate	..... Tage
oder ungerechnet:	..... Jahre	..... Monate	..... Tage

(Seite 5)

Dies ergibt am 1. Januar des laufenden Jahres, in dem die Feststellung vorgenommen wurde,

(Stichtag) ..... ein (Datum)

Betriebsberechtigungsalter von ..... Jahren ..... Monaten ..... Tagen

Das Betriebsberechtigungsalter für den Apotheker

geboren am .....

in .....

wohnhaft in .....

ist mit Wirkung vom 1. Januar 19..... als Stichtag mit

..... Jahren ..... Monaten ..... Tagen

festgesetzt worden.

Berlin, den ..... 194.....

Magistrat von Groß-Berlin  
Abteilung Gesundheitswesen  
Landesgesundheitsamt  
I. A.

Verwaltungsgebühr 20,— RM.  
Geb. Buch Nr. ....

## Der Stadtverordnetenvorsteher

### Ungültigkeitserklärung eines Personalausweises

Der Personalausweis der Stadtverordneten Lucia Krüger, Berlin-Wilmersdorf, Wittelsbacher Straße 17, geboren am 23. Januar 1901, Ausweis-Nr. 53, ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Berlin, den 24. April 1948.

Der Stadtverordnetenvorsteher  
I. A.: Trenkel

## Bezirksämter

### Bestätigung von Schiedsmännern

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Alliierte Kommandantur sind vom Präsidium des Landgerichts Berlin bestätigt worden:

1. Der Verwaltungsangestellte Herr Georg Lambrecht, Berlin SW 61, Eylauer Straße 9, als Schiedsmann für den Schiedsmannsbezirk 61.
2. Die Verwaltungsangestellte Frau Gertrud Sobocinski, Berlin SO 36, Kottbusser Ufer 32, als Schiedsmannstellvertreter für den Schiedsmannsbezirk 91.

3. Der Verwaltungsangestellte Herr Paul Ehlert, Berlin SW 68, Wasserstorstraße 5, als Schiedsmannstellvertreter für den Schiedsmannsbezirk 114—117.

Berlin, den 20. April 1948.

Bezirksamt Kreuzberg von Groß-Berlin  
Abteilung für Personal und Verwaltung  
Wolff

## Justizbehörden

### Öffentliche Zustellungen

Der Kunstgewerbebehälter Walter Grünzer, Strausberg, Große Straße 58 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Radler, Strausberg, Georg-Kurtze-Straße 6 —, klagt gegen den Maler und Graphiker Artus Tausendtschön, Berlin N 65, Wildenowstraße 21, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, wegen Rückzahlung von 725,— RM auf Grund nicht erfüllter Lieferungsverpflichtungen mit dem Antrage

1. den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger 725,— RM nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Mai 1946 zu zahlen;
2. die Kosten des Rechtsstreits dem Beklagten aufzuerlegen;
3. das Urteil für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Wedding, Berlin N 20, Brunnenplatz, Zimmer 50, auf den 23. Juli 1948, vormittags 9 Uhr, geladen.

Az. 3. C. 170/47.

Berlin, den 29. April 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Frau Melitta Trotzinski, geb. Thun, in Berlin-Mahlsdorf, Maiflad 9, bei Thun — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Max Schmidt, Berlin, Kaiserallee 213 —, klagt gegen den Kraftfahrer Kurt Troitzinski, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, auf Ehescheidung aus Schuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 22. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 8, auf den 6. Juli 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 22. R. 281/48.

Berlin-Zehlendorf, den 30. April 1948.

Landgericht Berlin

Frau Gertrud Bottlaender, geb. Winkelmann, in Erkner bei Berlin, Mittelstraße 2 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hans Mahr, Berlin W 35, Potsdamer Straße 71 — klagt gegen den Autoschlosser Georg Bottlaender, früher in Wunsdorf, Langemack-Platz, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien ohne Schuldausspruch zu scheiden.

Der Kläger wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Saal 4, auf den 16. Juli 1948, 9½ Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 2. R. 294/48.

Berlin-Zehlendorf, den 21. April 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Gottliebe Langenbuecher, geb. Fernow, in Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 123 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Bering, Berlin-Grünwald, Bismarckallee 8 —, klagt gegen den Ehemann Erich Langenbuecher, früher in Berlin-Zehlendorf, Salemer Steig 18, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Saal 13, auf den 4. August 1948, 10 Uhr, geladen, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 9. R. 4/47.

Berlin-Zehlendorf, den 1. April 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Ilse Kehle, geb. Schumann, in Berlin-Steglitz, Albrechtstraße 75 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. jur. Adolf Klamroth in Berlin-Steglitz, Mariendorfer Straße 2 —, klagt gegen ihren Ehemann Herbert Kehle, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien unter Alleinschuld des Beklagten zu scheiden.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 8. Zivilkammer des Landgerichts Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer Nr. 13, auf den 30. Juli 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 8. R. 978/46.

Berlin-Zehlendorf, den 16. April 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Gertraude Wolny in Berlin-Mahlsdorf, Danziger Str. 35, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin Buls und Dr. Rahn in Berlin-Köpenick, Seelenbinderstraße 35, klagt gegen den Hellmuth Wolny, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, auf Ehescheidung aus Schuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 19. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 8, auf den 2. August 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 19. R. 231/47.

Berlin-Zehlendorf, den 27. April 1947.

Landgericht Berlin

Der Bauträger Johann Eszersky in Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 108, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Martin Putz, Berlin N 65, Müller Str. 6, klagt gegen seine Ehefrau Anna Eszersky, geb. Kreuzstein, früher in Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 108, jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Saal 13, auf den 11. August 1948, 10 Uhr, geladen, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 9. R. 337/45.

Berlin-Zehlendorf, den 15. April 1948.

Landgericht Berlin

Der Kraftfahrer Friedrich Krause in Berlin, Kochhannstraße 19, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Richard Koch in Berlin NW 7, Schadowstr. 1 B, klagt gegen seine Ehefrau Hedwig Krause, geb. Schindler, zu Carlsruhe (O.-S.), mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 29. Juli 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 11. R. 316/47.

Berlin-Zehlendorf, den 13. April 1948.

Landgericht Berlin

Der Bierfahrer Karl Schröder in Berlin N 54, Tempeliner Str. 9/9, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Joel in Berlin-Charlottenburg, Marienburger Allee 31, klagt gegen seine Ehefrau Herta Schröder, geb. Kronau in Berlin N 54, Tempeliner Str. 6/9, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 13, auf den 11. August 1948, 10 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 9. R. 435/46.

Berlin-Zehlendorf, den 14. April 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Gertrud Greiner, geb. Jantzen, in Berlin O 112, Schreinerstr. 16, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt van Hoboken, Berlin O 112, Frankfurter Allee 301, klagt gegen den Dreher Alfred Greiner, früher in Berlin O 112, Schreinerstr. 16, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung unter Alleinschuld des Beklagten.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 4. August 1948, 9½ Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 6. R. 268/48.

Berlin-Zehlendorf, den 2. April 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Else Hennig, geb. Berger, verw. Jurkowsky, Berlin-Charlottenburg 4, Schillerstr. 91, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Dalibor, in Berlin-Charlottenburg 4, Sybelstr. 40, klagt gegen den Chauffeur Walter Hennig, früher Berlin-Charlottenburg, Weimarer Str. 6, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 7. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13, auf den 2. August 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 7. R. 362/48.

Berlin-Zehlendorf, den 27. April 1948.

Landgericht Berlin

Der kaufmännische Angestellte Heinrich Philipp Bondy in Berlin-Charlottenburg, Schaumburgallee 10, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Kundler, Berlin-Charlottenburg, Bayernallee 18 klagt gegen seine Ehefrau Angelica Bondy, geb. Cubero, früher in San Pedro Sula, D. F. Rep. de Honduras, C. A. Barrio El Benque, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 12. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindenallee 5, Zimmer 15, auf den 12. August 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az 12 R. 958/47  
Berlin-Zehlendorf, den 29. April 1948.  
Landgericht Berlin

### Aufgebote

Die Hypothekbank Hamburg, vertreten durch ihr Berliner Büro, in Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 70/71, Verfahrnsbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. A. Hüssener und Dr. Fr. Dodert, Berlin N 4, Chausseestraße 13 beantragt: den Brief über 122 000 RM Hypothek, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg von der Stadt Charlottenburg, Band 148 Blatt 5249, Abt. III, Nr. 37, Eigentümer Bahro, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 36, für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag sechs Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots vor dem unterzeichneten Gericht, 11 Uhr, Zimmer 44, anberaumten Aufgebots-terminen seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Az 14 F. 43/48.  
Berlin-Charlottenburg, den 19. April 1948.  
Amtsgericht Charlottenburg

Es ist beantragt, die nachstehenden Verschollenen für tot zu erklären:

- a) 1. Martin Kessler, geboren am 6. September 1888 zu Berlin;
2. Ella Kessler, geb. Fromm, geboren am 3. März 1902 zu Wappendorf (Westpr.);
3. Helga Rita Kessler, geboren am 26. November 1928 zu Berlin;
4. John Kessler, geboren am 20. April 1930 zu Berlin; sämtlich aus Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 24.  
Az 14 II. F. 59/48.
- b) Reg.-Rat Paul Funke, geboren am 29. März 1862 zu Belgrad a. d. Persante aus Berlin-Charlottenburg Kantstr. 44.  
Az 14 II. 44/48.
- c) Ehefrau Margarete Hamann, geboren am 13. Juli 1905 zu Innsbruck aus Berlin-Wilmersdorf, Kurtfürstendamm 180;  
Az 14 II. 11/48.
- d) Charlotte Gundelfinger, geb. Pincus, geboren am 3. August 1888 zu Berlin aus Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernsdamm 35a;  
Az 14 II. 479/47.
- e) Dr. Ernst Meyer, geboren am 9. März 1877 zu Hannover und Ehefrau Else Meyer, geb. Latté, geboren am 4. November 1888 zu Thien aus Berlin-Wilmersdorf, Kantener Str. 4;  
Az 14 II. 100/48.
- f) Ruth Brell, geb. Metzler, geboren am 2. September 1920 zu Insterburg aus Berlin-Charlottenburg Pestalozzistr. 85;  
Az 14 II. 114/48.

Die vorstehenden Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Abdruck dieses Aufgebots, 11 Uhr, Zimmer 44 vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-terminen zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Akt 14. Sam II. 16/48.  
Berlin-Charlottenburg, den 16. März 1948  
Amtsgericht Charlottenburg

Die Stenotypistin Margarete Dankau, geb. Naujoks, in Berlin-Adlershof, hat beantragt, den Schriftsetzer Alfred Dankau, geboren am 2. Oktober 1910, zuletzt wohnhaft in Berlin-Treptow, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 8. Juli 1948, vorm. 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 2a, anberaumten Aufgebots-terminen zu melden, sonst kann er für tot erklärt werden. An alle welche Auskunft über den Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az 4 II. 50/47 Trept.  
Berlin-Köpenick, den 17. April 1948.  
Amtsgericht Köpenick

Frau Dorothea Kamp, geb. Siebert Berlin-Dahlem, Am Anger 10, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes über die auf dem Grundbuchblatt des Grundstücks Neukölln, Band 75, Blatt 2253, Abt. III, Nr. 11, für Fräulein Dorothea Siebert eingetragene mit 6% jährlich verzinsliche Grundschuld von 15 000,— Reichsmark beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 23. August 1948, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 22, anberaumten Aufgebots-terminen seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az 19 F. 13/48.  
Berlin-Neukölln, den 19. April 1948  
Amtsgericht Neukölln

Die Frau Feodora Dorow, geb. Berndt, Berlin-Britz, Hüsung 8, hat beantragt, den verschollenen Postinspektor Karl Dorow, geboren am 24. August 1886 in La Lobe, Kreis Metz, zuletzt wohnhaft in Berlin-Britz, Hüsung 8, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens binnen 6 Wochen nach der Veröffentlichung dieses Aufgebotes im Verordnungsblatt von Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 22, zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az 8. F. 155/47.  
Berlin-Neukölln, den 23. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln

Die Fleischerinnung Berlin, Berlin NO 55, Winsstraße 12, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Neukölln, Band 156, Blatt Nr. 4273, in Abteilung III, unter Nr. 21, und Band 155, Blatt Nr. 4257, in Abteilung III, unter Nr. 24, zur Gesamtheit eingetragene Darlehnshypothek von 46 250,— RM, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 20. Dezember 1948 anberaumten Termin vor dem unterzeichneten Amtsgericht, Zimmer 20b, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az 19. F. 19/48.  
Berlin-Neukölln, den 24. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln

Die Hypothekengläubigerin Frau Martha Holan, geb. Krause, Berlin-Charlottenburg, Danckemannstr. 41, hat das Aufgebot der verlorengegangenen Hypothekenbriefe über die für sie auf dem Grundbuchblatt des Grundstücks von Berlin-Neukölln, Band 74, Blatt 2223.

1. in Abteilung III unter Nummer 17 in Höhe von 21 000,— RM,  
2. in Abteilung III unter Nummer 16 in Höhe von 9000,— RM beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, den 23. August 1948, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 66/67, Zimmer 22, anberaumten Aufgebots-terminen seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az 19. F. 16/17 48.  
Berlin-Neukölln, den 20. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln.

Die Ehefrau Gertrud Schilling, geb. Schley, wohnhaft in Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. 65, hat beantragt, den verschollenen Uhrmacher Kurt Schilling, geboren am 26. Januar 1895 in Beuthen, zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Str. 65, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens sechs Wochen nach der Veröffentlichung dieses Aufgebots im Verordnungsblatt von Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 22, zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az 19. II. 19/48.  
Berlin-Neukölln, den 20. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln.

Frau Ingeborg Schönfeld, geb. Meikowski, in Berlin-Staaken, Isenburger Weg 50, hat beantragt, ihren Ehemann, den Musiker Werner Schöneberg, geboren am 2. Oktober 1919 in Helgoland, zuletzt wohnhaft bei der Antragstellerin, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, spätestens in dem Aufgebots-termin, am ersten Werktag, 6 Wochen nach dieser Veröffentlichung, um 12 Uhr, im Zimmer 14 des Amtsgerichts Spandau über seinen Verbleib Nachricht zu geben.

An alle welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebots-termin dem Gericht Anzeige zu machen.

Az 6. II. 22/48.  
Berlin-Spandau, den 19. April 1948.  
Amtsgericht Spandau

Folgende Personen haben das Aufgebot von Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin beantragt:

1. Otto Burghagen in Berlin C 2, Brüderstraße 16—18, wegen Nr. 3043;
2. Julia Gollitzen, geb. Lehmann, in Lehna, Luise-Henr. -Stift, wegen Nr. 2200
3. Katharina Böttcher, geb. Stock, in Berlin-Neukölln Hertastr. 5, wegen Nr. 1570.
4. Werner Hinsche in Berlin NW 87 Huttenstr. 23, wegen Nr. 3287 und wegen Nr. 2663.
5. Gertraud Kuck, geb. Fuhrmann, in Berlin-Schöneberg, Borener Str. 17, wegen Nr. 534.
6. Fr. Hedwig Siebert in Naumburg (Saale) Markt 2, wegen Nr. 2514.
7. Dr. Curt Heinburg in (13) Mauten über Donsuworth wegen Nr. 2648.
8. Wiltraut Homann in Berlin W 30, Budapeststr. 43, wegen Nr. 1395.
9. Günther Frhr. von Hammerstein-Equord in (16) Neuteuhäuser über Belra, wegen Nr. 3533.

Diejenigen, die im Besitz der Urkunde sind, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. November 1948, 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Tiergarten, Berlin NW 40, Turmstraße 91, Zimmer 253, anberaumten Aufgebots-terminen ihre Rechte anzumelden und die Aktie vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Az 1. F. 58/47.  
Berlin NW 40, den 12. April 1948.  
Amtsgericht Tiergarten

Folgende Personen haben das Aufgebot von Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin beantragt:

1. Frau Maria Gnügge, geb. Wirth, zur Zeit in Sonneberg (Thür.), Coburger Straße 38 — Berlin-Friedenau Südwestkurs 2 bei Bavel —, wegen Nr. 2921.
2. Frau Eva Nissen, geb. Ihn in Berlin-Wilmersdorf Hohenzollernsdamm 182, wegen Nr. 2078.
3. Julius Kaiser in Berlin-Charlottenburg 5, Heinrich-von-Stephan-Straße 26, wegen Nr. 756.
4. Helga Rabe in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernsdamm 4, wegen Nr. 2948.
5. Frau Hedwig Weber in (13 b) Reisbach 51, Post: Ortenburg über Vilsbiburg (Ndb.), wegen Nr. 1434.
6. Frau Bertha Flinsch in Berlin-Zehlendorf, Machnower Straße 53, wegen Nr. 477.
7. Frau Julie Mollentin, geb. Raschdorf in Berlin-Steglitz Flemmingstraße 8, zur Zeit in (15 b) Jena, Karl-Liebknecht-Straße 37, wegen Nr. 2518.
8. Frau Else Linke, geb. Bachmann, in Kleinmachnow, Post: Berlin-Zehlendorf, Pilzwald 35, wegen Nr. 1316.
9. Richard Prose in Berlin-Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 43, wegen Nr. 2591.
10. Johannes Buder in Berlin W 50, Passauer Straße 18, wegen Nr. 3349.

Diejenigen, die im Besitz der Urkunde sind, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. November 1948, 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Tiergarten, Berlin NW 40, Turmstraße 91, Zimmer 253, anberaumten Aufgebots-terminen ihre Rechte anzumelden und die Aktie vorzulegen, andernfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Az 1. F. 68/47  
Berlin NW 40, den 12. April 1948.  
Amtsgericht Tiergarten

Folgende Personen haben das Aufgebot von Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin beantragt:

1. Gertrud Lippold, geb. Jacob, in Berlin-Gatow, Hochwaldsteig 22, wegen Nr. 3495.
  2. A.-G. von Zitzowitz in Wilhelmshorst über Michendorf (Mark), Heiderulerweg, wegen Nr. 2307.
  3. Arthur Möbius in Berlin-Schöneberg, Grunewaldstraße 27, wegen Nr. 1218.
  4. Lucie Philippowski in Berlin-Halensee, Joachim-Friedrich-Straße Nr. 30, wegen Nr. 1195.
  5. Dora Schmidt in Ansbach, Karolinenstraße 23, wegen Nr. 1042.
  6. Luise Russbüttel in Amstadt (Thür.), Dammweg 2, wegen Nr. 3751.
  7. Curt Eischlob in Berlin W 15, Pariser Straße 15, wegen Nr. 499 und wegen Nr. 3977.
  8. Frau von Puttkammer in Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Straße 12, wegen Nr. 3786.
  9. Helene Münch in Berlin-Zehlendorf, Bogenstraße 11, wegen Nr. 1764.
- Diejenigen, die im Besitz einer dieser Aktien sind, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. November 1948, 12 Uhr, vor dem Amtsgericht Tiergarten, Berlin NW 40, Turmstraße 91, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Aktie vorzulegen, andernfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird.

Az. 1. F. 84/47.

Berlin NW 40, den 12. April 1948.

Amtsgericht Tiergarten

Auf Antrag der Frau Käthe Kardale, geb. Schwarzwald, Berlin-Borsigwalde, Paul-Lehmann-Weg 64, wird der verschollene Dreher Alfred Kardale, geboren am 31. Oktober 1912, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Borsigwalde, aufgefordert, sich spätestens bis 5. Juli 1948 zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

Az. 4. II. 31/48.

Auf Antrag des Kellners Albert Boge, Berlin-Reinickendorf-Ost, Ritterlandweg 53, wird die verschollene Ehefrau Charlotte Boge, geb. Knabe, geboren am 8. November 1897 zu Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Breslau, Tauchentzplatz, aufgefordert, sich spätestens bis 5. Juli 1948 zu melden, widrigenfalls die Verschollene für tot erklärt werden kann.

Az. 4. II. 32/48.

Auf Antrag der Frau Gertrud Graf, geb. Käsekamp, Tülow-Fahrenhorst, Kreis Githora (Hannover), wird der verschollene Unteroffizier Karl Graf, geboren am 20. Mai 1911 zu Kiel, zuletzt wohnhaft gewesen Berlin-Tegel, Moorweg 104, aufgefordert, sich spätestens bis zum 5. Juli 1948 zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

Az. 4. II. 202/47.

Auf Antrag der Frau Maria Kleemann, geb. Hopka, Berlin-Lübars, Kolonie Qualitz, Fliederstraße 39, wird der verschollene Arbeiter Erwin Kleemann, geboren am 11. April 1903 in Berlin-Reinickendorf, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Lübars, Kolonie Qualitz, Fliederstraße 39, aufgefordert, sich spätestens bis 5. Juli 1948 zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

Az. 4. II. 143/47.

Auf Antrag der Frau Helene Krüger, geb. Geppert, Berlin-Reinickendorf-West, Reines Hof 11, wird der verschollene Kraftfahrer Richard Krüger, geboren am 13. Oktober 1899 in Klein-Kartzenburg, Kreis Bublitz, zuletzt wohnhaft gewesen Berlin-Reinickendorf-West, Reines Hof 11, aufgefordert, sich spätestens bis zum 5. Juli 1948 zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann.

Az. 4. II. 214/47.

An alle die über die Verschollenen Auskunft geben können, ergeht die Aufforderung, hiervon dem Gericht bis zum 5. Juli 1948 Anzeige zu machen.

Berlin-Reinickendorf-Ost, den 17. April 1948.

Amtsgericht Wedding-Reinickendorf

Nachstehend aufgeführte verlorengegangene Hypothekenbriefe sollen für kraftlos erklärt werden:

- a) im Grundbuch von Berlin-Malchow, Band 4, Blatt Nr. 122, in Abt. III, unter Nr. 6, eingetragene Hypothek von 4000 RM; Az. 2. F. 2/48.
  - b) im Grundbuch von Berlin-Weißensee, Band 123, Blatt Nr. 3740, in Abt. III, unter Nr. 27, 28 und 29, eingetragene Hypotheken von 12 000 RM, 3000 RM und 3000 RM; Az. 2. F. 3/48.
  - c) im Grundbuch von Berlin-Malchow, Band III, Blatt Nr. 93, in Abt. III, unter Nr. 4, eingetragene Hypothek von 10 000 RM; Az. 2. F. 4/48.
  - d) im Grundbuch von Berlin-Hohenschönhausen, Band 94, Blatt Nr. 2562, in Abt. III, unter Nr. 1 und 4, eingetragene Hypotheken von 1242 RM und 758 RM; Az. 2. F. 9/48.
- zu a) Altbesitzer August Grothe in Berlin-Malchow, Dorfstraße 24 d, vertreten durch Rechtsanwalt Max Müller, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 233;
- zu b) und c) Breifabrikant Robert Engel in Berlin-Weißensee, Parkstraße 4, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Haun, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 242;
- zu d) Witwe Emma Schultze, geb. Thieke, in Berlin-Hohenschönhausen, Gartnerstraße 27/28, vertreten durch Rechtsanwalt Max Müller, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 233.

Die Inhaber der vorbezeichneten Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. Oktober 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 26, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Berlin-Weißensee, den 4. März 1948

Amtsgericht Weißensee

#### Todeserklärungen

Der Beschluß vom 28. Januar 1947, durch den Frau Hertha Mielke, geb. Ute, zuletzt wohnhaft in Berlin W 30, Fürther Straße 4, für tot erklärt worden ist, wird aufgehoben.

Az. 14. II. 350/46.

Berlin-Charlottenburg, den 21. Januar 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Der Tod der nachstehenden Verschollenen wird festgestellt:  
Fritz Rothschild, geboren am 20. Oktober 1895 zu Berlin, und Lilly Rothschild, geb. Helfft, geboren am 6. Februar 1894 zu Berlin, aus Berlin W 15, Ludwigkirchstraße 7, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 358/47.

Witwe Meta Sommerfeld, geb. Hessberg, geboren am 11. Februar 1883 zu Bamberg, aus Berlin-Charlottenburg, Waitzstraße 7, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 145/47.

Carlheinz Eweler, geboren am 15. September 1913 zu Berlin, aus Berlin-Wilmersdorf, Nestorstraße 54, mit dem 24. April 1945.  
Az. 14. II. 391/47.

Paul Hennig, geboren am 30. Juni 1856 zu Lempersdorf (Oder), aus Berlin-Schmargendorf, Misdroyer Straße 53, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 410/47.

Günther Bernhardt, geboren am 4. August 1879 zu Berlin, aus Berlin W 15, Meineckestraße 7, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 607/47.

Siegfried Mode, geboren am 27. September 1877 zu Berlin, und Ehefrau Elly Mode, geb. Bock, geboren am 14. Februar 1891 zu Berlin, aus Berlin-Charlottenburg, Pestalozzistraße 54, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 73/48.

Heinrich Müller, geboren am 24. August 1892 zu Wiemelhausen, Kreis Bochum, aus Berlin-Charlottenburg, Knobelsdorffstraße 52, mit dem 18. August 1946.  
Az. 14. II. 91/48.

Günter Horst Pior, geboren am 27. Juni 1919 zu Berlin-Charlottenburg, aus Berlin-Charlottenburg, Sesenheimer Straße 6, mit dem 10. Juni 1946.  
Az. 14. II. 565/47.

Klara Bud (Hitzschn), geb. Hachmann, geboren am 2. April 1878 zu Konitz, aus Berlin-Charlottenburg, Niebuhrstraße 67, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 435/47.

Jenny Markus, geb. Sternberg, geboren am 18. August 1882 zu Horn i. W., aus Berlin-Charlottenburg, Wielandstraße 8, mit dem 31. Dezember 1944.  
Az. 14. II. 98/48.

Az. 14. Sam. II. 12/48.

Berlin-Charlottenburg, den 1. März 1948.

Amtsgericht Charlottenburg

Durch Beschluß vom 23. April 1948 ist der Postbote Willi Stark geboren am 22. Dezember 1893 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Stuttgarter Straße 15, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 1. August 1945 festgestellt.

Az. 19. VIII. F. 102/47.

Berlin-Neukölln, den 23. April 1948.

Amtsgericht Neukölln

Durch Beschluß vom 23. April 1948 ist der Maschinenarbeiter Alfred Lehmann, geboren am 18. November 1919 in Berlin-Neukölln, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Altenbraker Straße 15, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 7. März 1945 festgestellt.

Az. 19. VIII. F. 145/47.

Berlin-Neukölln, den 23. April 1948.

Amtsgericht Neukölln

Auf Antrag des Musikers Moritz Gärtner, Berlin-Pankow, Damerowstraße 62, wird seine zuletzt dortselbst wohnhafte, am 14. Februar 1902 geborene Ehefrau, Frau Elli Gärtner, geb. Knaak, für tot erklärt und als Zeitpunkt ihres Todes der 16. März 1945 festgestellt.

Az. 4. II. 6/48.

Berlin-Pankow, den 9. April 1948.

Amtsgericht Pankow

Der Willi Ahrenholz, geboren am 31. Juli 1904 in Aspenstedt, Kreis Wermigerode im Harz, zuletzt wohnhaft in Berlin SW 29, Zossener Straße 5, wird auf Antrag seines Bruders, des Bäckermeisters Otto Ahrenholz in Berlin N 4, Chausseestraße 11, für tot erklärt. Als Todeszeitpunkt wird der 15. Dezember 1927, 24 Uhr, festgestellt. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Nachlaß zur Last.

Az. 15. II. 30/46.

Berlin SW 11, den 31. März 1948.

Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

#### Ausschlußurteile

Durch Ausschlußurteil vom 23. September 1947 sind folgende Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin für kraftlos erklärt: Nr. 3260, 3570, 2813.

Az. 1. F. 31/47.

Berlin NW 40, den 12. April 1947.

Amtsgericht Tiergarten

Durch Ausschlußurteil vom 1. Dezember 1947 sind folgende Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin für kraftlos erklärt: Nr. 1030, 2992, 1816, 1973, 723, 811, 2844.

Az. 1. F. 1/47.

Berlin NW 40, den 12. April 1948.

Amtsgericht Tiergarten

Durch Ausschlußurteil vom 24. Februar 1948 sind die folgenden Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin für kraftlos erklärt: Nr. 1261, 2645, 3879, 1491, 1796, 3128, 1645, 3629, 356.

Az. 1. F. 48/47.

Berlin NW 40, den 14. April 1948.

Amtsgericht Tiergarten

Durch Ausschlußurteil vom 15. April 1948 sind folgende Aktien des Aktien-Vereins des Zoologischen Gartens zu Berlin für kraftlos erklärt worden: Nr. 2775, 1507, 214, 465, 330, 1903, 2706, 2858, 2393, 2800, 470.

Az. 1. F. 7/47.

Berlin NW 40, den 15. April 1948.

Amtsgericht Tiergarten

Durch Ausschlußurteil vom 14. April 1948 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Wedding von Berlin-Reinickendorf, Band 152, Blatt 4451, in Abt. III, unter Nr. 1, für die Witwe Elise Fuß, geb. Stargardt, wohnhaft in Tutzing (Obb.), Traubinger Straße 169, eingetragene Residualhypothek von 700 — RM (Siebenhundert Reichsmark) für kraftlos erklärt worden.

Az. 2. F. 26/47.

Berlin-Reinickendorf, den 16. April 1948.

Amtsgericht Wedding

Dienststelle Reinickendorf

#### Konkurse

1. Über das Vermögen der Knaak-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin NW 21, Bundesratufer 4, ist am 22. April 1948, 11.30 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.

Verwalter: Theodor Baudach, Berlin-Oberschöneweide, Heimholzstraße 18. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 10. Juni 1948. Erste Gläubigerversammlung 21. Mai 1948, 11.15 Uhr.

Prüfungstermin am 16. Juli 1948, 11,15 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Erdgeschoß, Zimmer 47.  
Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 10. Juni 1948.

Az. 30. N. 29/48.

2. Über das Vermögen des Gastwirts Georg H a n s e l, Berlin-Neukölln, Harzer Straße 65, Inhabers einer Gastwirtschaft in Berlin-Charlottenburg, Leibnizstraße 56 ist am 23. April 1948, 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Verwalter: Otto Göbler, Berlin-Dahlem Garystraße 42  
Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. Juni 1948.  
Erste Gläubigerversammlung 26. Mai 1948, 11,15 Uhr.  
Prüfungstermin am 9. Juli 1948, 11,15 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Erdgeschoß, Zimmer 47.  
Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948.

Az. 30. N. 20/48.

3. Über den Nachlaß des am 20. Juni 1947 verstorbenen, zuletzt Berlin-Lichterfelde-Ost, Gärtnerstraße 11, wohnhaft gewesenen Gastwirts Martin M i c h a e l i e ist am 27. April 1948, 10,30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Verwalter: Ernst Neitzel, Berlin-Steglitz Forststraße 10.  
Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. Juni 1948.  
Erste Gläubigerversammlung 31. Mai 1948, 11,30 Uhr.  
Prüfungstermin am 19. Juli 1948, 11,30 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Erdgeschoß, Zimmer 47.  
Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948.

Az. 30. N. 4/48.

4. Über den Nachlaß des am 29. Februar 1948 verstorbenen, zuletzt in Berlin, Essener Straße 29 a wohnhaft gewesenen Kaufmanns Franz S c h w e c h t e n ist am 23. April 1948, 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Verwalter: Ernst Neitzel, Berlin-Steglitz Forststraße 10  
Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. Juni 1948  
Erste Gläubigerversammlung 31. Mai 1948, 11,15 Uhr  
Prüfungstermin am 19. Juli 1948, 11,15 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Erdgeschoß, Zimmer 47.  
Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948

Az. 30. N. 32/48

5. Über den Nachlaß der am 22. Januar 1948 verstorbenen, zuletzt Berlin-Wilmersdorf, Trautenaustraße 1, wohnhaft gewesenen Natascha W a g n e r, geb. Jousipoff, ist am 22. April 1948, 11,45 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Verwalter: Ernst Neitzel, Berlin-Steglitz, Forststraße 10  
Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. Juni 1948  
Erste Gläubigerversammlung 31. Mai 1948, 11 Uhr  
Prüfungstermin am 19. Juli 1948, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17-20, Erdgeschoß, Zimmer 47.  
Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. Juni 1948

Amtsgericht Berlin-Mitte

**Nachlasssachen**

Die verwitwete Frau Elise R o d o w s k i, geb. Wieske, zuletzt wohnhaft in Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 176, ist am 12. Juli 1947 verstorben. Da ein Erbe nicht ermittelt worden ist, werden diejenigen, denen Erbrechte an dem Nachlaß zustehen, hiermit aufgefordert, ihre Erbrechte bis zum 15. August 1948 bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, andernfalls wird festgestellt werden, daß ein anderer Erbe als die Stadt Berlin nicht vorhanden ist.

Az. 5. VI. 500/47.

Berlin-Neukölln, den 21. April 1948.  
Amtsgericht Neukölln

**Handelsregister**

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 33 wurde heute die durch die ordnungsmäßig berufene Hauptversammlung der Firma K a l i - C h e m i e Aktiengesellschaft am 15. Juli 1947 einstimmig beschlossene Sitzverlegung von Berlin nach Sehnde eingetragen. Es wurden folgende Eintragungen übernommen:

Gegenstand des Unternehmens: Der Betrieb von Bergwerken und chemischen Fabriken sowie der Vertrieb von Bergwerksprodukten und chemischen Erzeugnissen. Die Gesellschaft kann Fabrikbetriebe jeder Art unterhalten, auch Handelsgeschäfte aller Art abschließen und sich an anderen Unternehmungen in jeder ihr gut erscheinenden Weise beteiligen. Das Grundkapital beträgt 35 000 000 RM. Vorstandsmitglieder sind: Kaufmann Joachim Fintelmann, Sehnde, Dr. Werner Höchstädt, Sehnde, Chemiker Dr. Hans Werner Schmidt, Honningen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. September 1899 festgestellt und am 30. Juli 1938 neu gefaßt. Durch Beschluß vom 12. September 1941 ist er erneut geändert. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt, sofern der Vorstand aus einer Person besteht durch diese, und sofern er aus mehreren Personen zusammengesetzt ist, durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen. Der Aufsichtsrat kann einzelnen Mitgliedern des Vorstandes die Befugnis erteilen, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Prokura ist erteilt an: Brune Hillmann, Sehnde, Otto Marknat, Sehnde, Ernst Wagner, Berlin, Friedrich Dölle, Sehnde, Dr. Martin Knörzer, Sehnde, Anton Wagner, Sehnde, Georg Berner, Sehnde, Paul Volker, Sehnde, Heinrich Ellerkmann, Berlin.

Jeder von ihnen vertritt die Gesellschaft mit einem Vorstandsmitgliede oder einem anderen Prokuristen.

Für das Werk Kanne als Teilbetrieb der Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Berlin-Niederschöneweide, ist durch Anordnung des Bezirksamtes Treptow vom 1. August 1946 der Kaufmann Hermann Blume in Berlin zum Treuhänder bestellt worden.

Dr.-Ing. Otto Reuleaux, Grasdorf, ist durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 12. August 1947 zum weiteren Mitglied des Vorstandes bestellt. Georg von Dreyse, Nienburg, ist Prokura erteilt.

Die Prokura des Kaufmanns Ernst Wagner, Berlin, und des Kaufmanns Heinrich Ellerkmann, Berlin, sind erloschen.

Lehrte, den 8. März 1948

Amtsgericht Burgdorf in Lehrte

**III. Bekanntmachungen der Wirtschaft**

**Gläubigeraufruf**

Die V. B. K. (Verkaufsgemeinschaft Berliner Kürschnermeister), Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 37, ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 24. September 1945 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen bei dem Liquidator Franz Steier, Berlin W 15, Kurfürstendamm 214, anzumelden.

Liquidationsbilanz per 24. September 1945

A k t i v a	
1. Anlagevermögen	RM 50.-
Inventar	50.-
2. Umlaufvermögen	13 086,94
Kautionsvermögen	150.-
Kassenvermögen	0,08
Postcheckguthaben	131,66
Bankguthaben - Id	4 628,95
Bankguthaben - Festgeld	6 425.-
3. Posten der Rechnungsabgrenzung	1 701,25
	13 086,94
P a s s i v a	
1. Genossenschaftskapital	RM 10 250.-
2. Verbindlichkeiten	207.-
Guthaben der Genossen	175.-
Ansprüche von Kunden	207.-
3. Gewinne - Verluste	2 454,94
Gewinnvortrag 1. Januar 1945	3 549,39
Verlust 1945	1 094,45
Gewinnvortrag 24. September 1945	2 454,94
	13 086,94

Gewinn- und Verlustrechnung per 24. September 1945

A u f w e n d u n g e n	
Gehälter und Löhne	RM 308,36
Soziale Abgaben	43,00
Raumkosten	1 958.-
Umsatzsteuern	15,80
Versicherungen	43,95
Allgemeine Unkosten	249,54
Durchgangsposten	30.-
	3 149,45
E r t r ä g e	
Provisionen	RM 109,50
Konservierungen	19,50
Inventurverkauf	11.-
Zinserträge	55.-
Freiwillige Umlage der Genossen	1 850.-
Reinverlust	
Gewinnvortrag 1. Januar 1945	3 549,39
Verlust 1945	1 094,45
Gewinnvortrag 24. September 1945	2 454,94
	8 149,45

Berlin, den 25. März 1948.  
Verkaufsgemeinschaft Berliner Kürschnermeister I. L.  
Die Liquidatoren:  
Steier Heckhausen  
Berliner Aktiengesellschaft für Industriebeteiligungen  
Hauptversammlung am 21. Juni 1948, 16 Uhr, in Berlin-Lichterfelde, Hortensienstraße 51, im Büro des Notars Dr. Hellft.  
Auskunft über Tagesordnung und Hinterlegung der Aktien durch unser Büro, Berlin-Lichterfelde, Margaretenstraße 38.  
Der Vorstand

Herausgeber Magistrat von Groß-Berlin Berlin C 2 Neues Stadthaus (Lizenz-Nr. 409 der SMV) Berlin N 4, Lindenstraße 139/140 Telefon 42 59 41. Herausgabe erfolgt nach Bedarf. Verlag: DAS NEUE BERLIN Verlagsgesellschaft m. b. H. Bestellungen sind nur an den Verlag zu richten. Bezugspreis vierteljährlich 3.- RM zuzüglich Postgebühren Einzelheft 0,35 RM. Redaktion: Berlin C 2, Klosterstraße 64. Chefredakteur Adolf Erlendach. Telefon 51 03 11. App. 150. Das zur Veröffentlichung bestimmte Material ist der Redaktion einzusenden. Erscheint mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin laut Anordnungen Nr. BK/O (46) vom 13. Juni 1946 und Nr. BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947, (37) Druckerei Berlin N 4, Lindenstraße 139/140. 5994. 10. 5. 48